Riesiger Solarpark in Nebraska durch Hagelsturm völlig zerstört

geschrieben von Andreas Demmig | 15. August 2023

No Tricks Zone, Pierre Gosselin, 28. Juni 2023

Das 5,2 MW Community Solar-Projekt in Scottsbluff, Nebraska, war Teil des Sunwise-Programms der NPPD, das aus einer Anlage mit über 14.000 Solarmodulen bestand. Es wird berichtet, dass es im Jahr 2019 in Betrieb genommen wurde.

Die Katastrophe verdeutlicht einmal mehr, wie anfällig Solarparks gegenüber den Naturgewalten sind. Die voraussichtliche Lebensdauer des Systems von 25 Jahren wurde auf weniger als 4 Jahre verkürzt, und man fragt sich, ob die Errichtung solch wetteranfälliger Anlagen überhaupt Sinn macht.

Der Ampel-Hammer

geschrieben von Admin | 15. August 2023

Von Dr. Humpich

Die Ampel versucht gerade im Schweinsgalopp ein Gesetz durchzupeitschen, welches nun wirklich jeden Bundesbürger zur Kasse bittet — eine warme Wohnung ist in unseren Breiten genauso unverzichtbar wie Essen und Trinken. Ist es Endzeitstimmung, die FDP/Grüne/SPD verleitet, sich gegen das Parlament zu stellen? Wer Demokratieverdrossenheit will, muß nur Volk und Parlament knapp 170 Seiten (!) überwiegend abstruse Gedanken zum Fraß vorwerfen: Wir ziehen das jetzt in ein paar Wochen durch, weil wir das können! Man muß kein Politologe sein, um vorherzusagen, daß ihnen das schlimmer auf die Füße fallen wird als Corona und die "Trittinsche Eiskugel" zusammen. Dieser Entwurf trieft nur so von Lobby-Interessen. Ich glaube, kein Alt-68er konnte vorhersehen, wie sich Konzerne und "Ökos" einst zusammenschließen, um gemeinsam das Volk über den Tisch zu ziehen.

Die "Experten-Anhörung" am 3.7.23

Die Anhörung der selbst ernannten "Experten" im Fachausschuss am Montag kann man nur als Farce bezeichnen. Da setzt sich eine Gruppe von Menschen zusammen, die sich anmaßen, über mehr als 100 Seiten detaillierte Technik zu schwadronieren, ohne auch nur die geringste fachliche Qualifikation zu besitzen. Wie wäre die "Anhörung" wohl

verlaufen, wenn man wenigstens einen Techniker eingeladen hätte? Wofür haben wir eigentlich die unzähligen Lehrstühle für "Heizung- und Klimatechnik" an den Hochschulen? Die schlimmsten Korken in diesem Gesetz würden uns und den deutschen Gerichten sicherlich erspart bleiben. Tut mir leid, aber für mich hat das System, daß man Sachverstand und praktische Erfahrung immer durch ideologische Schwätzer ersetzt. Wie soll ein Diskurs überhaupt aufkommen, wenn man nur einschlägige Lobbyisten einlädt (siehe Teilnehmerliste)? Das ist einfach nur noch "Gelenkte Demokratie", die zielstrebig zur "Demokratieverdrossenheit" führt. Aber Vorsicht, das Thema: Wie bezahl ich meine Heizung, geht den Menschen noch viel näher als irgendeine vorgebliche Corona-Pandemie und vor allem, es ist für jeden unmittelbar nachvollziehbar.

Die einzig bemerkenswerte Aussage für mich kam von Prof. Dr. Fritz Söllner von der Technischen Universität Ilmenau, der die im Gesetzentwurf angegebenen Kosten versucht hat, in "Vermeidungskosten pro Tonne CO_2 " umzurechnen: Er kam auf den stolzen Wert von 1800 EUR pro Tonne! Wer weiter mit Öl und Gas heizt — behaupten die Grünen — wird bald teurer als mit Strom heizen. Wer kann hier nicht rechnen?

Der Popanz der Kommunalen Wärmeplanung

Im Anhang wird für das Jahr 2021 von 13,6 Millionen Gaskesseln und 5,2 Millionen Ölheizungen ausgegangen. 40% des gesamten Erdgasverbrauchs entfielen auf die Gebäudeheizung. Was für ein Geschäft! Die Gasversorger brauchen sich übrigens keine großen Sorgen zu machen, da ja der Strom für die elektrischen Wärmepumpen aus den 50 neuen Gaskraftwerken kommen soll, die Habeck bauen will. Man erzeugt also elektrische Energie mit einem Wirkungsgrad von maximal 60 %, um an kalten Tagen damit elektrisch zu heizen.

Jetzt tut man so, als hätte es nie Planungen zu Fernwärmenetzen in Deutschland gegeben. In den 1980er Jahren wurden genau solche Studien mit großer staatlicher Förderung in der untergegangenen BRD durchgeführt. Alle Argumente des Für und Wider sind bekannt, aber offensichtlich vergessen. Ausdrücklich auch der Einsatz von Großwärmepumpen. Es wurden auch zahlreiche Projekte damals verwirklicht, die aber alle den Tod der Unwirtschaftlichkeit gestorben sind. Damals wollte man die Abhängigkeit vom Öl (Ölkrisen 1973 und 1976) verringern. In der DDR hatte man gar keine Devisen für Ölimporte übrig und hat deshalb viel konsequenter und kontinuierlich auf Fernwärme aus Braunkohle gesetzt.

Selbst in den Großstädten ist es, wie es ist. Das Haus des Autors ist an die Fernwärme angeschlossen, die Nachbarn haben eine recht neue Gasheizung, das Gewerbe an der Ecke eine geförderte Pelletheizung. Man kann über den Sinn streiten, aber Konkurrenz belebt das Geschäft. Durch die Wahlmöglichkeiten waren die Preise aller im Rahmen. Was geschieht,

wenn Robert Habeck erstmal seinen Anschlusszwang durchgezogen hat, kann sich jeder selbst überlegen. Hier reden wir immerhin über Netze in einer Großstadt, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Wenn die kleineren Kommunen jetzt auch verleitet oder gezwungen werden, Fernwärmenetze zu bauen, wird es ohne Anschlusszwang gar nicht gehen. Wäre es "profitabel" gewesen, hätte man längst diese Netze gebaut.

Ganz brutal wird es aber für alle Bewohner auf dem Land werden: Dort gibt es meist nicht einmal einen Gasanschluss. Öl oder Flüssiggas waren und sind die einzigen Alternativen. Zwingt man diese Eigentümer zur elektrischen Wärmepumpe, kommt dies oft einer Enteignung gleich. Die notwendigen Investitionen und die stark erhöhten Betriebskosten werden zum Verkauf für einen "Appel und nen Ei" zwingen, denn auch der Käufer übernimmt ja die Probleme. Wobei immer noch die Frage bleibt, ob es technisch überhaupt möglich ist. Gerade auf dem Land ist die notwendige Eigenbeteiligung für einen verstärkten Stromanschluss (e-Auto und e-WP) auf Grund der dünnen Besiedelung extrem hoch.

Ähnlich sieht es auch in den Vorstädten aus, wo die benötigte Heizleistung pro Grundstück noch zu klein ist für ein wirtschaftliches Fernwärmenetz, andererseits wegen der Bebauungsdichte Grundwasserwärmepumpen ganz ausscheiden und Luftwärmepumpen das "vormals ruhige Wohngebiet" zu einem Industriepark (Geräuschbelästigung) mutieren. Aber auch hier wieder bleibt die zentrale Frage der technischen Realisierbarkeit, die Stromversorgung.

Die idiotischen 65% "Erneuerbaren"

Was bitte soll der Anteil von 65% "erneuerbare Energien" an der Heizenergie bedeuten? Energie läßt sich nur wandeln, aber nicht erneuern. Soll das "einfache Sprache" in einem Gesetzestext sein oder die Basis für Klagen? Man muß sauber unterscheiden zwischen der Nutzwärme – die letztlich aus dem Heizkörper kommt – und den Einsatzenergien, die zu ihrer Erzeugung nötig sind. Gemeint ist wahrscheinlich die Nutzwärme, auf die sich die 65% beziehen. Um es nicht zu breit für einen solchen Artikel zu machen, will ich mich auf die Luftwärmepumpen beschränken. Was aus der (hoffentlich) Fußbodenheizung kommt, ist die vom Heizungssystem (WP, Umwälzpumpen, Steuerung etc.) vorher bereitgestellte Wärme. Die ist aber bei einer WP die Summe aus der von der Umgebungsluft aufgenommenen Wärme ("erneuerbare Energie") und der aufgewendeten elektrischen Arbeit.

Ab hier wird es beliebig kompliziert und strittig. Wie wurde die über die Zeit integrierte elektrische Leistung tatsächlich erzeugt? Hört sich fürchterlich gestelzt an, ist aber von ausschlaggebender Bedeutung. Der Wärmebedarf eines Gebäudes setzt sich aus dem Transmissionswärmeverlust (durch die Wände und Scheiben), dem Lüftungsverlust ("verbrauchte" Luft) und dem Warmwasserverbrauch zusammen. Alle fallen zu unterschiedlichen Zeiträumen und mit unterschiedlichen Temperaturen an. Der "Heizungsbedarf" hängt annähernd linear von der Außentemperatur ab. Die

Brauchwassertemperatur muß 60 °C betragen (Legionellen). Hinzu kommen bei einer guten Architektur auch noch Wärmegewinne durch die Sonneneinstrahlung. Wetter ändert sich ständig. Damit die Sache endgültig kompliziert wird, hängt aber die Leistungszahl (Verhältnis der abgegebenen Heizleistung zu der aufgewendeten elektrischen Leistung) einer Wärmepumpe von der momentanen Temperaturdifferenz von Senke (Vorlauftemperatur, Brauchwassertemperatur) und der Quelle (Außenluft) ab. Lange Rede, kurzer Sinn: Zu jedem tatsächlichen Arbeitspunkt gehört der tatsächliche Strommix. Weht aus dieser Ecke die im Gesetz geforderte Messung (verklausuliert als Automatisierungstechnik) und Dokumentationspflicht über Jahrzehnte oder gar die Fernüberwachung? Wie hoch sind die Strafen bei Unterschreitung der 65%? Etwa Nachzahlung der CO₂-Abgabe? Dann wird der Betrieb (Heizkosten) einer elektrischen Wärmepumpe aber richtig teuer. Die höchste Leistung wird aber in einer kalten Winternacht benötigt, in der es keine "Sonnenenergie" gibt und überwiegend auch der Wind schwach weht. Die elektrische Leistung muß dann zwingend aus fossilen Energieträgern ("Atomausstieg") erzeugt werden. Dumm nur, daß bei geringen Außentemperaturen zumindest eine Außenluft-Wärmepumpe zu einer rein elektrischen Heizung wird (Ja, es gibt tatsächlich eingebaute Tauchsieder für entsprechend kalte Tage!). Glücklich wer dann noch eine Gasheizung hat, selbst zu Gaspreisen, mit denen z. B. immer die Göring-Eckhardt droht.

Aus den vorgenannten Gründen gab es schon immer die "bivalent betriebenen Wärmepumpen": Eine Kombination aus Wärmepumpe und Heizkessel. Unterhalb von ca. 0°C (Frostgefahr, elektrisches Abtauen nötig) wird die Wärmepumpe abgeschaltet und der Kessel übernimmt.

Unsinn sind die immer wieder ins Gespräch gebrachten Wärmepumpen, die Abwasser als Quelle nutzen. Nach der Kläranlage o.k., dann hat man aber lange Transportwege und braucht ein Fernwärmenetz. Im Kanal ein Albtraum der Kläranlagen: Abwasserreinigung ist ein biologischer Prozess. Die Kläranlagen haben schon so genug Probleme im Winter. Genauso unsinnig sind die Fernwärmenetze mit "Niedertemperatur". Sinnvolle Mindesttemperaturen im Netz sind 70°C bei Brauchwasserbereitung oder 150°C für Klimaanlagen (Absorptionsanlagen). Weht daher der Wind für die ausdrückliche Zulassung von elektronischen Durchlauferhitzern für Warmwasser?

Die Frage der Kältemittel

Kann sich noch einer an das "Ozonloch" erinnern? Welcher Aufstand damals um fluorierte Kohlenwasserstoffe als Kältemittel gemacht wurde? Man hat dann auf brennbare und giftige Mittel umstellen müssen. Sollen die jetzt im Keller stehen oder müssen die Anlagen aus Sicherheitsgründen in den Garten? Wann kommen die "neuen Vorschriften" aus Brüssel? In Deutschland gibt es kein Eigentum mehr. Wenn die Regierung eine neue Idee hat, muß der Bürger sich halt fügen. Er ist ja kein schwedischer Konzern (Atomausstieg), der seine Rechte international einfordern kann.

Die neuen Zusatzkosten

An dieser Stelle wird der Lobby-Einfluß deutlich. Es wird eine ganze Orgie von Überprüfungen und Vorschriften neu eingeführt. Man kennt das ja vom Auto: Nicht die Prüfgebühren sind das Problem, sondern die Kosten für die Reparaturen. Immer den Nachweis der absurden 65% "Erneuerbaren" im Hinterkopf behalten. Der Nachweis muß erbracht werden, wie, ist das Problem des Hausbesitzers, und bezahlen muß letztendlich der Mieter. Wie ursprünglich gut gemeinte Regelungen durch die einschlägigen Konzerne pervertiert werden, zeigt die "Heizkostenabrechnung" schon heute. Der Gedanke war vor Jahrzehnten, einen wirtschaftlichen Anreiz zum Energiesparen zu bieten. Ich kann nur jedem empfehlen, mal seine Heizkostenabrechnung genau anzuschauen, wie hoch der Anteil für Meßtechnik, Abrechnung usw. an seinen Heizkosten ist. Selbst wer neidisch veranlagt ist, würde darauf verzichten, auch wenn sein Nachbar vielleicht etwas öfter duscht - und bitte nicht nachher wieder über die hohen Mieten klagen, wenn die Nebenkosten durch dieses Gesetz weiter in die Höhe getrieben werden.

Wie absurd dieser Entwurf ist, zeigt der "hydraulische Abgleich". Er wird 13 mal gefordert. Allein die schiere Zahl zeigt, daß offensichtlich keiner versteht, was das ist. Es ist das Zauberwort, was jeder Heizungsmonteur schon im ersten Lehrjahr kennenlernt um Rentner und Hausfrauen zu beeindrucken. Es stammt aus fernen Tagen, als es noch keine Heizkörper-Thermostatventile, geschweige Smartphone-Apps für die zeitliche Programmierung oder elektronische Heizungspumpen gab. Damals (DDR-Plattenbauten mit Einrohrsystem) bestimmte der Heizkörper mit dem schlechtesten Durchfluß die notwendige Vorlauftemperatur - Regelung der Raumtemperatur war nur über das Fenster möglich. Wo gibt es heute noch Heizkörper ohne Regelventile? Welcher Heizungsbauer nimmt keine Abgleichung der Strangventile bei der ersten Inbetriebnahme einer neuen Anlage vor? Aber die Bastler dieses Gesetzes entblöden sich nicht, abzuschätzen, wieviel Minuten der Hausbesitzer dafür braucht, um einen Handwerker im Internet zu finden, diesen zu empfangen, die Rechnung abzulegen usw.

Die Kosten

Überhaupt die Kosten. Die im Anhang aufgeführten Kosten für die notwendigen Investitionen und die Gegenrechnung der Einsparungen sind hanebüchen. Jemand, der sein halbes Leben mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen als Kunde und Auftragnehmer verbracht hat, stehen seine wenigen Haare zu Berge — wie man so sagt. Jetzt versteht man, wie solche "Trittinsche Eiskugeln" erschaffen werden — oder auch — wie dieses Land von "Experten" systematisch ruiniert wird.

Die anderen gebotenen Möglichkeiten

Es ist offensichtlich, daß dieses Gesetz darauf abhebt, die ins schlingern geratene Windindustrie zu stützen. Das Gebäude und das e-Auto als Senke für die Überproduktionen mit Entsorgungsgebühren (negative Strompreise an den Börsen). Zukünftig soll der Bürger den Abfall teuer bezahlen und in seinem Gebäude zwischen lagern. Das sind die feuchten Träume der Schlangenölverkäufer. Die Abu-Graichens lassen grüßen.

Jeder, der sich halbwegs mit Energiewirtschaft auskennt, ist sich darüber im Klaren, daß das nicht funktionieren kann. Man bietet deshalb schon mal ein paar Verbrennungstechniken an: Kessel für nachwachsende Energieträger, elektrische Durchlauferhitzer – aber bitte elektronisch, synthetische Brennstoffe usw. Der absolute Hit ist "blauer Wasserstoff". Texas steht schon bereit. Wollen die Deutschen Wasserstoff statt Erdgas, kein Problem: Man erzeugt Wasserstoff aus Erdgas und lagert das entstandene CO_2 ein. Die Ölindustrie wartet schon lange darauf, zwecks Steigerung der Ölförderung. Die Deutschen bekommen als Ablass ein handelbares Zertifikat über den CO_2 -freien Wasserstoff und alle sind glücklich. Der Michel zahlt gern, hat er doch das Weltklima gerettet.

Was wird aus den zahlreichen Blockheizkraftwerken in Deutschland? Was ist mit Wärmerückgewinnung aus der Lüftung (in einem Haus mit hohem Dämmstandard wird das zur bestimmenden Größe)? Was wird aus Wärmepumpen, die durch Verbrennungsmotoren angetrieben werden (auch für "alte Heizungen" mit hohen Vorlauftemperaturen geeignet)?

Wie machen es andere Länder?

Viele setzen auf Kernenergie. Gerade die Chinesen beginnen massiv Dampf aus ihren Kernkraftwerken auszukoppeln, um damit ganze Städte zu beheizen und auch die Industrie mit Prozesswärme zu versorgen. Keine neue Idee, sondern die Kopie aus Deutschland (Kernkraftwerk in Stade, bevor die Grünen und die Roten den ersten Atomausstieg gemacht haben).

Heizung mit elektrischer Energie aus französischen Kernkraftwerken als deren Konsequenz aus den Ölkrisen. Dies ist übrigens der Grund, warum viele KKW in Frankreich keine Kühltürme haben. Man braucht die KKW mit Flusskühlung nicht im Sommer und kann dann die Wartungsarbeiten durchführen.

Finnland entwickelt kleine Heizreaktoren mit nur 5 MW_{th} zur Versorgung kleiner Gemeinden mit Wärme. Sie sollen die fossilen Energien in kleinen Fernwärmenetzen ersetzen.

Oder man macht einfach so weiter wie bisher. Dies gilt für die überwältigende Mehrheit aller Länder – "menschengemachte Klimakatastrophe" hin oder her…

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Autors hier

Jetzt rettet Robert die Industrie

geschrieben von Admin | 15. August 2023

Wirtschaftsminister Habeck fürchtet nun plötzlich die Deindustrialisierung, die er mit seinen Mitstreitern herbeigeführt hat. Deshalb will er "nur Geld" ausgeben, um seine Fehler der Vergangenheit unsichtbar zu machen. Sein teures Prinzip: Fehler werden mit neuen Fehlern repariert.

von Manfred Haferburg

"Das kostet nichts, das bezahlt der Staat" äußerte einst der französische Wirtschaftsweise Françoise Hollande. Der deutsche Wirtschaftsweise Robert Habeck äußerte jüngst: "Wenn wir die Preise deckeln, verlieren wir Geld. Wenn wir sie nicht deckeln, verlieren wir womöglich die Industrien der Zukunft." Ist ja nur das Geld der Anderen.

Habeck hat eine ambivalente Beziehung zum Geld anderer Leute, wenn es um seine ideologisch völlig verrannte Energiewende geht. Er meinte, die Bundesregierung sei bereit, dafür hohe Kosten in Kauf zu nehmen: "Dann nehmen wir Geld auf. Am Ende ist es nur Geld. Hier geht es um die nationale Sicherheit. Wenn die Situation es erfordert, werden die nötigen Geldmittel lose gemacht." Das sagte er bei Maischberger im Februar 22. Nur hat die Bundesregierung eben kein Geld, sondern nur Steuern. Es sei denn, sie sitzen im Kabinett und stricken Socken, die dann verkauft werden.

Inzwischen hat selbst Herr Habeck die Deindustrialisierung entdeckt. Aus der Habeckschen Äußerung kann man entnehmen, dass die Verschwörungstheorie von der drohenden Deindustrialisierung inzwischen genauso wahr geworden ist wie die meisten anderen Verschwörungstheorien der Querdenker, Schwurbler und Delegitimierer. Die bösen AfD-Populisten wurden von den Linken bezichtigt, die Krise herbeizusehnen. Nun ist sie da, die Krise. Aber schuld ist nicht die AfD.

Fakt ist, dass die Deindustrialisierung schon seit geraumer Zeit stattfindet, auch wenn die Ampelmännchen das stets bestritten haben. Das kann ja auch gar nicht anders sein. Die energieintensive Industrie bezahlt in Deutschland über acht Cent pro Kilowattstunde. In den USA und China ist es weniger als die Hälfte. Außerdem ist die Stromverfügbarkeit in Deutschland nicht mehr gewährleistet. Im Jahr 2022 wurden die Aluminiumhütten mehr als 250-mal von Spitzenglättungs-Maßnahmen betroffen – das bedeutet, praktisch jeden Arbeitstag einmal kurzfristig

abgeschaltet und aus Stromkundengeld dafür bezahlt.

Und nun redet Habeck über die Deindustrialisierung, die er selbst und seine Mitstreiter herbeigeführt haben. Seit Jahren tut die Ampel unter Führung der grünen Ideologen alles in ihren Kräften Stehende, um Energie zu verteuern. Ihre Mittel: Besteuern, Abschalten, Verbieten. Man denke nur an die letzten drei Kernkraftwerke und die unfassbar dummen Äußerungen der grünen stellvertretenden Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt, dass nunmehr, wo die Atomkraftwerke nicht mehr das Netz verstopfen, der Strom ja endlich billiger würde.

Die Armen und die Graichen

Und wieder ist es "nur Geld", das Habeck ausgeben will, um seine Fehler der Vergangenheit unsichtbar zu machen. Diesmal ist es das Geld unserer Kinder, das Habeck ausgeben wird. Das Prinzip: Fehler werden mit neuen Fehlern repariert.

Die Rechnung des Wirtschaftsministers geht folgendermaßen: "Wenn wir die Preise deckeln, verlieren wir Geld. Wenn wir sie nicht deckeln, verlieren wir womöglich die Industrien der Zukunft", sagte Habeck und nannte einen Zeitraum von vier oder fünf Jahren. Deutschland müsse aufpassen, dass Schlüsseltechnologien in dieser Zeit nicht nach China und in die USA abwanderten. Aufpassen heißt Steuergeld ausgeben. Ist ja nur das Geld der Anderen.

Habeck will also mit dem Geld der Steuerzahler für vier bis fünf Jahre 50 Prozent des Industriestrompreises subventionieren. Das muss er, wenn er die Strompreise der konkurrierenden Staaten nicht überschreiten und damit die Deindustrialisierung verhindern will.

Eine Logik ist da schon lange nicht mehr zu erkennen, hat derselbe Minister doch kürzlich die Einspeisevergütung für Wind- und Solarstrom ganz unauffällig um 25 Prozent erhöht — für die nächsten 20 Jahre. Das kostet natürlich Unsummen von Stromkunden- und Steuergeld. Und erhöht natürlich auch den Industriestrompreis, der jetzt mit Steuergeld gesenkt werden soll.

Dazu fällt dem Autor nur ein: "Habeck nimmt es von den Armen und gibt es den Graichen".

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Vizekanzler Habeck sagt, was er mit Deutschland vorhat — Nichts Gutes, aber grün

geschrieben von Admin | 15. August 2023

Der Wirtschaftsminister berichtet aus der »Transformations-Werkstatt« seines Ministeriums. Darin träumt man von Wasserstoff als Energieträger, plant dafür ein »Wasserstoffnetzbeschleunigungsgesetz«. Nur wo der Strom für die Wasserstoff-Gewinnung und die Wärmepumpen herkommen soll, bleibt offen.

Von Holger Douglas

»Wir drehen hier ein großes Rad«, sagt Robert Habeck. Man sei dabei, dieses Land für die nächsten Dekaden neu aufzustellen, verkündet der Minister am Donnerstag beim sogenannten Werkstattbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Es gebe doch einen Plan, will Habeck allen Zweiflern zurufen. Jenen, denen es nicht schnell genug gehen kann mit der Dekarbonisierung Deutschlands, und denjenigen, die den Gedanken, Deutschlands Industrie mal eben auf eine sogenannte »Wasserstoffwirtschaft« umzustellen, plemplem finden.

Je größenwahnsinniger die Pläne klingen, desto lauter das Wortgeklingel: verlässlich, Notfallverordnung, Hochlauf, Rechtsnormen geschaffen, Beschleunigung — Lieblingsbegriffe des habeckschen Universums. Damit wollte er auch als Reaktion auf die heftigen Angriffe, er zerstöre mit seinen Verordnungen zur Gebäudesanierung und Heizverboten Vermögen und Lebensverhältnisse, betonen, wie »Wohlstand klimaneutral erneuern« geht. Aus dieser »Transformations-Werkstatt« des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz kommen nun Hohlfloskeln wie: »Wichtig ist, dass die sozial-ökologische Erneuerung unseres Wohlstands mit einer erneuerten Wohlstandsteilhabe einhergeht, die gute Arbeit in die Zukunft trägt, die die gemeinsamen Infrastrukturen stärkt und in der die Lasten der notwendigen Veränderung solidarisch getragen werden.«

»Wir brauchen eine Wasserstoffinfrastruktur«, sagt Habeck auf der Pressekonferenz. Wohlgemerkt: eine Infrastruktur für einen Energieträger, der noch nicht vorhanden ist, von dem noch nicht klar ist, wo er produziert werden kann, schon gar nicht, unter welchen Kosten – nur: Es muss schnell gehen. Deswegen wird im Hause Habeck jetzt ein »Wasserstoffnetzbeschleunigungsgesetz« geschrieben.

Habeck berichtet von guten Gesprächen mit der Industrie, die von ganzem Herzen dabei sei. Die Industrie benötige erneuerbaren Wasserstoff, glaubt Habeck, vor allem die Grundstoffindustrie. Der würde sehr teuer werden, deswegen würden jetzt mit der Stahlindustrie sogenannte

»Klimaschutzverträge« abgeschlossen, in denen geregelt wird, dass die Preisunterschiede zwischen teurem Wasserstoff und billigen fossilen Energien wie Öl und Gas vom Staat bezahlt werden sollen. In diesem Jahr sollen laut Habeck bereits die ersten Verträge geschlossen werden. Doch es seien schon »komplexe Mechanismen«, hat Habeck mittlerweile erkannt.

Habeck will optimistisch klingen: Die Erneuerung des Energiesystems schaffe auch eine Erneuerung der industriellen Basis dieses Landes. Und wörtlich: »Das sind ja Wachstumsmärkte, die wir schaffen.« Er bezieht das auch auf die Windräder, erklärt aber nicht, warum die bereits seit 30 Jahren gebaut werden, doch die letzten Hersteller ihre letzten Fabriken gerade dichtgemacht haben. Zumal die letzten Ausschreibungen für Windräder stark unterzeichnet waren, bedeutet im Klartext: Kaum jemand hat Lust, noch neue Windräder in die Landschaft zu setzen. Vor allem im Landesinneren weht zu wenig Wind, so viele Zuschüsse sind kaum finanzierbar, dass die sich dennoch für die Betreiber rechnen.

»Wir werden das organisiert bekommen«, verkündet Habeck. Alles müsse ein bisschen im Zeitraffer ablaufen. Wörtlich: »Wir machen das jetzt. Wir ziehen das jetzt durch!«

In diesem Jahr sollen noch zwei sogenannte Windgipfel stattfinden. Habecks Trupps, die das Wirtschaftsministerium gekapert haben, sorgten für die Voraussetzungen, damit Windräder schnell in die Wälder gepflanzt werden können, ohne dass die Anwohner viel dagegen unternehmen können. Umweltverträglichkeitsprüfungen, auf die die Grünen bislang gepocht haben, werden jetzt abgeschafft. Auf das »Zählen von Arten«, so Habeck, werde künftig verzichtet. Was zählen schon Rotmilan und Insekten und seltene Pflanzen, für die früher Menschen in die grüne Politik gegangen sind?

Die Kommunen sollen nach Habeck an der »Wertschöpfung« beteiligt werden. Doch wenn kein Wind, dann keine »Wertschöpfung«. Die fehlende Rendite ersetzt dann der Steuerzahler mit seinen Subventionen in geradezu wahnwitziger Höhe. Mit »Wertschöpfung« meinte man früher jedenfalls etwas anderes als das Motto 'linke Tasche – rechte Tasche'.

Stolz berichtet er von seinen Besuchen in Bayern: »Die 10-H Regel in Bayern ist so aufgeweicht worden, dass Windräder gebaut werden können.« Sie sei sogar so aufgeweicht worden, dass sie fast weg sei. Diese Regel besagt, dass Windräder den zehnfachen Abstand ihrer Höhe zur nächsten Wohnsiedlung haben müssen, um die Anwohner wenigstens notdürftig vor den Folgen der Windräder zu schützen. Darauf hatte bisher Ministerpräsident Söder, der die Proteste seiner Bayern fürchtet, großen Wert gelegt. Doch mit dem Rückenwind, »den wir hier erzeugen« (Habeck) gehe nun alles schneller. Mit dabei geholfen habe die »auskömmliche Vergütung der Windkraft«. Jetzt muss Habeck nur noch für Wind sorgen.

Habeck versucht auch, dem Eindruck entgegenzutreten, durch sein künftiges Verbot von Gas- und Ölheizungen Häuslebesitzer ins finanzielle

Unglück zu stürzen. Wenn jemand eine 10-Millionen Villa baue, falle eine neue Wärmepumpe nicht ins Gewicht. Für die anderen müssten eben finanzielle Möglichkeiten bereit gestellt werden. Habeck: »Die soziale Frage ist gelöst!« Im vergangenen Jahr sei der Einbau von 200.000 Wärmepumpen gefördert worden. Habeck: »Wenn dann noch Gelder fehlen, darf es daran nicht scheitern.« Einem grünen Wirtschaftsminister bereitet der Gedanken, dass Geld erarbeitet werden muss, offenbar keine schlaflosen Nächte.

Wärmepumpen sind wahre Stromfresser. Woher die elektrische Energie kommen soll — kein Thema für Habeck.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Anmerkung der EIKE Redaktion: Habeck fühlt sich wirklich als der große Zampano, der Deutschland "erneuern" will und muss. Dabei wird jedem einigermaßen gebildeten und nachdenklichem ganz klar, dass er das Land in den Abgrund steuern will. Dabei ist sein Lapsus linguae, dass jetzt sogar Offshore WKA mit 19 GW Leistung gebaut würden, noch sein kleinstes Problem. Jeder andere hätte das sofort als falsch bemerkt und noch im nächsten Satz korrigiert. Aber es zeigt einmal mehr, wie auch Frau Baerbock 360 ° Wende, dass er das, was er da redet 'von der Sache überhaupt nicht versteht. Und davon zeugt seine ganze Rede. Sie ist voll von leeren Versprechungen, teils Drohungen und Unmöglichkeiten aber vor allem von Widersprüchen. Er will vorwärts und gleichzeitig rückwärts gehen, und die Zuhörer glauben machen, dass das möglich wäre. Ist es aber nicht

Ganz zum Schluss, macht er noch mal in Panik, mit der Begründung wir müssten jetzt ganz, ganz schnell handeln, denn andere Länder machten das auch und nur viel schneller. Um dann — wohl weil ihm die Einsicht gekommen zu sein scheint, dass das alles zwar extrem teuer, und auch ebenso wohlstandsfeindlich, wie wohlstandsvernichtend sein wird-, den Verzicht zu preisen. Wohl wissend, dass nur damit die gewollte Verelendung zu ertragen zu sein wird.

Wer wählt diese Leute?

Solle keiner sagen, er hätte nicht gewusst, was der vorhat.

Die Rede kann hier

bei PHOENIX angeschaut werden, und hier beim Spiegel.

https://www.spiegel.de/politik/deutschland/livestream-das-sagt-wirtschaf tsminister-robert-habeck-zur-energiepolitik-a-cc37e053-7cd3-4d5f-

b029-2774a0669293

Die Zeitmarken im Transcript der Rede beziehen sich auf die Spiegelausgabe

Rede Habeck PK 9.3.23

Green Deal: Die Vernichtung der deutschen Autoindustrie

geschrieben von Admin | 15. August 2023

Zu verdanken ist die Vernichtung der deutschen Autoindustrie jenem "CO2 muss weg!"-Narrativ. Man muss nur die Grenzwerte in utopischen Bereichen ansiedeln und immer wieder behaupten, man hätte sich dazu verpflichtet.

Von Holger Douglas

Kein Auto mit Verbrennermotor mehr ab 2035! Das jedenfalls will die EU; ihr Parlament hat das mit dem niedlichen Namen »Fit-for-55« versehene Kahlschlagprogramm einen Schritt weitergebracht und mehrheitlich für ein Verbrennerautoverbot gestimmt. Jetzt müssen die EU-Länder zustimmen.

Zu verdanken ist diese radikale Vernichtung der deutschen Autoindustrie hauptsächlich jenem »CO2 muss weg!«-Narrativ. Eine geniale Erfindung — es kann als Blaupause für alles und jedes dienen, bis hin zum totalen »Auto weg«. Man muss nur die Grenzwerte in utopische Bereiche ansiedeln, darauf verweisen und immer wieder behaupten, »wir« hätten uns dazu verpflichtet. Ich jedenfalls nicht.

Überraschend ist das alles nicht. Normen haben Heugabel und Dreschflegel, Muskete und Mörser ersetzt und sind im Industriezeitalter der Hebel, um Zerstörungen aller Art durchzusetzen. Angst- und Panikmache sind die modernen Jericho-Trompeten, um Gesellschaften gefügig zu machen. Kein Mensch mehr fragt nach Richtigkeit von Grenzwerten und danach, ob sie überhaupt richtig gemessen werden.

Auf der Normenklaviatur haben Grüne bereits vor 20 Jahren entsprechend gespielt, und schon früh haben die Green Dealer hinter der EU klar gemacht, dass sie »Auto weg« und dafür Null-CO2 wollen. Sie schrecken vor handfesten Lügen nicht zurück und behaupten einfach, Elektroautos hätten einen CO2-Ausstoß von »Null«, alle anderen Autos unabhängig von Antriebsart dagegen würden zu hohe CO2-Werte aufweisen.

ILLUSION ODER ANDERE ABSICHT

Ein ganzer Kontinent soll nur noch E-Autos fahren dürfen

So gilt den Green-Dealern ein Elektroauto als Auto ohne CO2-Ausstoß. Gleich, woher der Ladestrom kommt — bei Nacht kaum von der

Photovoltaikanlage und bei Flaute eher nicht von Windrädern, im Zweifel aus einem Kohlekraftwerk. Ebenso wird der CO2-Ausstoß während der Produktion unter den Tisch fallengelassen, unter anderem der recht hohe Anteil, der bei der Produktion der Batterien anfällt. Verlogener geht's kaum. Eigentlich alles altbekannt — hier bei *TE* haben wir immer wieder Methoden und Folgen beschrieben.

Ein Teil der Autoindustrie klatschte gleich begeistert Beifall. Volkswagen-Chef Herbert Diess ging sogar heftig mit der mangelnden Entschlossenheit der deutschen Politik im »Kampf gegen den Klimawandel« ins Gericht. »Ich persönlich glaube, dass wir generell im bestehenden Parteiensystem der brennenden Frage der Klimaerwärmung zu wenig entgegensetzen«, kritisierte er seinerzeit in einem Interview des Fachdienstes »Tagesspiegel Background Mobilität & Transport«: »Da könnte man viel mehr tun.« Die Floskel vom »Kampf gegen den Klimawandel« ging ihm genauso flüssig über die Lippen wie einem Grünen-Funktionär.

Während der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Altmaier noch im Bewusstsein der gewaltigen zerstörerischen Folgen auf Zeit spielte, zweifelte Automanager Diess die Fähigkeit der Regierungsparteien an, in der Klimapolitik umzusteuern. »Es fehlen in der Union und der SPD klare Positionen und der Wille zur Umsetzung«, betonte er. »Sie haben von allem ein bisschen, aber insgesamt zu wenig.« Der Konzernchef monierte sogar, »wie zaudernd mit dem Thema Elektromobilität oder der Energiewende umgegangen wird«.

Rund 800.000 Arbeitsplätze hängen vor allem im Südwesten an der Automobilindustrie. Da verblüffte die schon recht frühe Aussage des Personalvorstandes von Daimler, das Land Baden-Württemberg solle sich nicht mehr nur auf diesen Industriezweig verlassen: »Klar ist, dass Baden-Württemberg sicher gut beraten wäre, sich nicht die nächsten 100 Jahre nur auf die Automobilindustrie zu verlassen, was Wohlstand und industrielle Wertschöpfung angeht.« Offen sprach er die Standortfrage an: »Die Frage, wo die Wertschöpfung angesiedelt wird, ist wie seit Jahrzehnten völlig offen.«

Die Absetzbewegungen der Autohersteller dauern schon länger. Nicht umsonst hat Daimler in China ein zweites Sindelfingen aufgebaut, eine zweite Konzernzentrale mitsamt Forschungszentrum. Fast alle Hersteller verlegen Produktionsstätten in andere Länder.

Sie bekommen gratis, was sie schon lange wollten: Weniger teure Arbeitsplätze im Hochlohnland Deutschland, in dem die Energie sündhaft teuer ist, zu teuer und mittlerweile zu mangelhaft, Verlagerung in billigere Länder. Dies unter öffentlichem Beifall und betulichen Gewerkschaften, die dem Arbeitsplatzabbau tatenlos zusehen. Was kann es für einen Automanager Schöneres geben?

Baden-Württembergs nervöser Ministerpräsident (fährt selbst wohlweislich nicht mit Elektroauto, sondern noch mit Verbrennerantrieb) hat die

drohenden Verwerfungen auf dem Schirm. Viele vor allem mittelständische Zulieferer sind bereits in der Krise, Hunderttausende in der Regel gut bezahlte Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, da muss der grüne Kretschmann viel erklären. Er erklärte schon gereizt, notfalls wolle er die Übernahme von Mercedes durch chinesische Firmen verhindern. Die Beijing Automotive Group BAIC ist bereits mit einem Anteil von 9,98 Prozent größter Einzelaktionär, der chinesische Investor Li Shufu hält 9,69 Prozent, China gilt als der wichtigste Absatzmarkt.

Sein ebenfalls grüner Verkehrsminister Hermann beschimpfte schon Mercedes für die Entscheidung, vor allem mit teuren Luxusautos wachsen zu wollen. Mercedes-Chef Ola Källenius hatte die Neuausrichtung damit begründet, dass Mercedes ein Luxusunternehmen sei und so Jobs gesichert würden. Er sagte nicht dazu, wo. Hermann wütend gegenüber Heilbronner Stimme und dem Südkurier: »Ich halte diese Strategie für einen Fehler, das wird auch zu Akzeptanzproblemen führen, wenn man nur noch für Reiche und Superreiche Autos baut.« Kunststück – Hermann macht Autos unbezahlbar und wundert sich, wenn der Autohersteller Konsequenzen zieht und Fabriken einstampft. Denn klar ist in Deutschland, dass die sogenannte »Elektromobilität« nicht die Transportleistungen jener rund 50 Millionen Fahrzeuge ersetzen kann, die derzeit auf unseren Straßen fahren und Menschen und Waren transportieren.

Deshalb muss dies zugleich als Frontalangriff auf die individuelle Mobilität, die Industriegesellschaft und gegen die arbeitenden Menschen gewertet werden — vor allem gegen diejenigen außerhalb der städtischen Ballungsräume, die auf das Auto angewiesen sind. Trotz aller grünen Beteuerungen ist der Nahverkehr ausgetrocknet. Bahnstrecken sind stillgelegt, Busse fahren über Land zwei- bis dreimal am Tag. Es ist eben teurer, fast leere Busse außerhalb der Stoßzeiten fahren zu lassen, als bedarfsgerecht Autos dann, wenn jemand tatsächlich fahren will.

Der erste große Testlauf einer neuen Massenmobilität ging bekanntlich schief: alle in die Bahn. Die Bahn war nicht in der Lage, einen größeren Ansturm an Reisenden aufzunehmen.

Arbeiter, die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen, alberte der SPD-Grafiker Klaus Staeck auf einem recht bekannt gewordenen Plakat vor 40 Jahren herum. Heute könnte er Plakate malen: Arbeiter, die SPD will euch die Arbeitsplätze wegnehmen! Und die Autos und die freie Mobilität!

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier